

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuss**

24. Sitzung

am Donnerstag, dem 25. April 2002, 14:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Sylvia Eisenberg (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Peter Eichstädt (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Jost de Jager (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Gero Storjohann (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stellv. Vorsitzender

i.V. von Rolf Fischer

i.V. von Helmut Jacobs

i.V. von Dr. Ulf von Hielmerone

**Weitere Abgeordnete**

Silke Hinrichsen (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Mitteilungen</b>	<b>5</b>
<b>2. Haus der Geschichte</b>	<b>6</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1408	
<b>3. Weiterentwicklung der beruflichen Schulen zu „Regionalen Berufsbildungszentren“ (RBZ)</b>	<b>8</b>
<b>4. Zukunft der Landeszentrale für Politische Bildung</b>	<b>9</b>
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1263	
<b>5. Bericht des Stiftungsrates über die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf für 1999 und 2000</b>	<b>11</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1715	
<b>6. Bewerbungen als Austragungsort für die Olympischen Spiele 2012/2016</b>	<b>12</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1566	

<b>7. Entlastung der Lehrerkollegien und der Schulleitungen im Bereich außerunterrichtlicher Aufgaben</b>	<b>13</b>
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1692	
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1744	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1749	
<b>8. Besetzung von Lehrerstellen im Haushalt 2002</b>	<b>14</b>
<b>9. Voraussetzungen für ein Distanz- und Präsenzmodell für Abendschulen</b>	<b>15</b>
<b>10. a) Angebote der Prävention bei Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein</b>	<b>16</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1499	
<b>b) Angebote der Prävention bei Kindern und Jugendlichen     Islamunterricht an Schulen</b>	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1530	
<b>11. Bericht zur Personalstruktur- und Dienstrechtsreform im Hochschulbereich und zum Professorenbesoldungsreformgesetz</b>	<b>17</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1429	
<b>12. Verschiedenes</b>	<b>18</b>

Die Stellvertretende Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Mitteilungen**

Die Stellvertretende Vorsitzende appelliert an die Ausschussmitglieder, am 3. Mai 2002, 10 bis 12 Uhr, an Gesprächen mit polnischen Parlamentariern teilzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Haus der Geschichte**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1408

(überwiesen am 24. Januar 2002)

hierzu: Umdrucke 15/1615, 15/1750, 15/1795, 15/2021, 15/2029, 15/2092

Abg. Weber bringt den Antrag der SPD-Fraktion, Umdruck 15/2092, ein und stellt klar, dass die SPD-Fraktion eine Entscheidung zum Haus der Geschichte so schnell wie möglich anstrebe.

Abg. Schwarz äußert sich enttäuscht darüber, dass es nicht zu einem gemeinsamen Antrag gekommen ist, und stellt fest, dass man jetzt ein bisschen vom bisher verabredeten Fahrplan abweiche.

Einstimmig wird der Antrag zur Realisierung eines „Hauses der Geschichte Schleswig-Holstein“ in folgender Fassung angenommen:

„Der Ausschuss ersucht die Landesregierung, auf der Grundlage ihres Berichtes ‘Haus der Geschichte’ (Drucksache 15/1408) sowie auf der Grundlage der Konzepte, die in mehreren Städten des Landes entwickelt worden sind, eine Kommission zur Erstellung von Umsetzungsstudien einzusetzen, deren Empfehlungen Grundlage für eine Entscheidung über die Einrichtung eines ‘Hauses der Geschichte’ sowie über die Standortfrage sein sollen.“

Diese Umsetzungsstudien sollen insbesondere folgende Aspekte umfassen:

- politische Willensbekundungen in den betreffenden Städten und Realisierbarkeit der von ihnen vorgeschlagenen Projekte
- Unterstützung für ein solches Projekt seitens der gesellschaftlichen Organisationen
- Zusagen hinsichtlich der Mitfinanzierung durch die örtliche Wirtschaft
- infrastrukturelle Voraussetzungen an den jeweiligen potenziellen Standorten

- finanzielle Folgen für die jeweilige Stadt sowie für das Land
- inhaltliche Konzepte auch unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Landtagssymposiums
- Strukturkonzepte hinsichtlich Trägerschaft und Rechtsform.

Die Empfehlungen sollen dem Bildungsausschuss bis zu den Haushaltsberatungen vorgelegt werden.“

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Weiterentwicklung der beruflichen Schulen zu „Regionalen Berufsbildungszentren“ (RBZ)**

Umdruck 15/2104

Die stellvertretende Vorsitzende kritisiert, dass der Bericht des Bildungsministeriums den Ausschussmitgliedern erst einen Tag vor der Sitzung vorgelegt worden sei, und erwartet, dass Regierungsberichte dem Ausschuss mindestens eine Woche vor der jeweiligen Sitzung vorliegen.

Daraufhin wird der Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung, am 23. Mai 2002, vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Zukunft der Landeszentrale für Politische Bildung**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1263

(überwiesen am 19. Oktober 2001)

hierzu: Umdrucke 15/1791, 15/1902 bis 15/1912, 15/1929, 15/1931, 15/2106

Abg. Weber bringt den Antrag der SPD-Fraktion, Umdruck 15/2106, ein und zieht als Fazit aus den schriftlich eingeholten Stellungnahmen, über die Frage der Rechtsform noch einmal nachzudenken und die Aufgaben der Landeszentrale für Politische Bildung nicht zu kleinteilig vorzuschreiben.

Die stellvertretende Vorsitzende und Abg. de Jager halten nach der schriftlichen Anhörung an ihrem Antrag - mit Ausnahme von Punkt 2 - fest, betonen insbesondere die Aufgabe, Inhalte der politischen Bildung zu definieren, und die Multiplikatoren-schulung (Punkte 1 und 4 des CDU-Antrages) und problematisieren die von der Regierung favorisierte Organisationsform einer gemeinnützigen GmbH.

Abg. Birk sieht die Hauptaufgabe der Landeszentrale für Politische Bildung im Bereich der Dienstleistung gegenüber und Kooperation mit Trägern der politischen Bildung, die Innovationen vorantreiben sollte (in der Methodik und im Angebot, zum Beispiel für Migrantenorganisationen). Sie bittet darum, die Beschlussfassung über den CDU-Antrag, der ihr zu konkret sei, und den SPD-Antrag, der noch nicht richtig gewichtet sei, zurückzustellen.

Abg. Dr. Klug lehnt den CDU-Antrag, insbesondere Punkt 1, ab, der durch eine zu starke Steuerung und Lenkung die Pluralität im Bereich der politischen Bildung gefährde. Dem SPD-Antrag könnte er zustimmen, wenn der erste Satz durch folgende zwei Sätze ersetzt würde:

„Die Landeszentrale für Politische Bildung soll ihren bisherigen Status und ihre Organisationsform als Einrichtung des Landes auch in Zukunft beibehalten. In diesem Rahmen muss sich die Landeszentrale für Politische Bildung jedoch inhaltlich weiterentwickeln und zugleich neu strukturieren.“

M Erdsiek-Rave hält eine neue Rechtsform für unausweichlich, um eine Beteiligung Dritter zu ermöglichen und gleichzeitig Einflussmöglichkeiten des Landes zu erhalten, und kündigt an, auf der Kuratoriumssitzung am 15. Mai 2002 einen Vorschlag zur zukünftigen Struktur der Landeszentrale zu unterbreiten.

Abg. Dr. Klug bekräftigt seine Kritik an der vorgesehenen GmbH-Lösung, mit der Interessenkollisionen vorprogrammiert seien, und favorisiert eine Beibehaltung des bisherigen Status; auch als Einrichtung des Landes könne die Landeszentrale für Politische Bildung die ihr zugewiesenen Servicefunktionen ähnlich wie das Landesamt für Denkmalpflege oder das inzwischen aufgelöste Museumsamt ausüben.

Der Ausschuss vertagt die Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge auf die nächste Sitzung, am 23. Mai 2002. Das Thema soll auf jeden Fall in der Juni-Tagung des Landtages mit Aussprache behandelt werden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Bericht des Stiftungsrates über die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf für 1999 und 2000**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1715

(überwiesen am 22. März 2002)

Abg. Schwarz problematisiert folgende Themen: finanzielle Planungssicherheit der Stiftung (Zusatzbelastungen durch VBL und Tarifsteigerungen), verschuldensabhängige Staatshaftung, Bindung an die GMSH, Investitionsstau und Sicherheitsprobleme.

M Erdsiek-Rave erwidert, eine Festschreibung oder erhebliche Aufstockung der Zuwendungen des Landes komme nicht in Betracht; vielmehr werde eine Steigerung der Eigeneinnahmen der Stiftung erwartet. In Sachen Staatshaftung habe es bisher keine ernsthaften Beeinträchtigungen gegeben; eine in allen Bundesländern einheitliche Regelung zeichne sich nicht ab. Die Frage der Mitgliedschaft der Stiftung im Arbeitskreis selbstständiger Kulturinstitute sei noch nicht klar.

Abg. Birk bezieht sich auf das dem Bericht beigelegte Anschreiben der Ministerin, begrüßt, dass die zukünftigen Tätigkeitsberichte der Stiftung ohne Verzögerung vorgelegt werden und etwas mehr Breite und Tiefe bieten sollten, und erwartet, dass die Antworten auf die Fragen des Stiftungsrates zur Bilanz und zum Wirtschaftsprüfungsbericht 2000 auch den Mitgliedern des Bildungsausschusses zugeleitet werden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Bewerbungen als Austragungsort für die Olympischen Spiele 2012/2016**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1566

(überwiesen am 22. März 2002 an den Innen- und Rechtsausschuss, den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Bildungsausschuss schließt sich dem Verfahren des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an, sich unter Hinzuziehung des Landessportverbandes von den Bewerberstädten Kiel, Lübeck und Hamburg die jeweiligen Konzepte vorstellen zu lassen, und nimmt den Bericht abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Entlastung der Lehrerkollegien und der Schulleitungen im Bereich  
außerunterrichtlicher Aufgaben**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1692

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/1744

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1749

(überwiesen am 21. März 2002)

Abg. de Jager bedauert, dass die Mehrheitsfraktion eine Anhörung der Betroffenen zu der Thematik ablehne.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP werden der CDU-Antrag und der FDP-Antrag abgelehnt und der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Besetzung von Lehrerstellen im Haushalt 2002**

Umdruck 15/2100

(vgl. Niederschrift über die 23. Sitzung am 14. März 2002, TOP 5)

M Erdsiek-Rave macht darauf aufmerksam, dass technische Vakanzen aufgrund personeller Fluktuation im Budget berücksichtigt seien, wiederholt ihre bereits in der letzten Sitzung gemachten Ausführungen und betont abermals, dass nicht die Zahl der Stellen, sondern die Stellegegenwerte der entscheidende Parameter für die Unterrichtsversorgung seien und sich die Unterrichtsversorgung im Saldo um insgesamt 356 Stellen verbessere. Es sei eine nicht zulässige Betrachtung, die die GEW anstelle, nur auf die zusätzlichen 200 Lehrerstellen abzustellen, davon die in Rede stehenden 78 erwirtschafteten Stellen abzuziehen und zu behaupten, die Unterrichtsversorgung verbessere sich lediglich um 122 Stellen.

Abg. de Jager kritisiert, dass die Bildungsministerin trotz der schlechten Unterrichtsversorgung nicht alle im Haushalt zur Verfügung stehenden Personalressourcen an die Schulen gebe, sondern 78 Stellen zurückhalte.

Abg. Dr. Klug kritisiert, dass weder aus dem Haushaltsplan noch aus dem dem Ausschuss mit Umdruck 15/1981 vom 14. März 2002 aktualisierten Zahlenwerk hervorgehe, dass von den versprochenen 200 zusätzlichen Lehrerstellen in Wirklichkeit nur 122 Stellen besetzt würden beziehungsweise nicht jede frei werdende Lehrerstelle wieder besetzt werde, und damit „Stellenhülsen“ in einer Größenordnung von 78 Stellen im Haushalt enthalten seien. Der Grundsatz der Haushaltsklarheit und Transparenz müsse insbesondere bei Übersichten zur Stellensituation beachtet und gegebenenfalls entsprechende kw-Vermerke ausgebracht werden.

Die Abg. Weber und Dr. Höppner stellen heraus, dass sich die Unterrichtsversorgung tatsächlich um 356 Vollzeitlehreereinheiten verbessere, und bemerken, dass die Tatsache, dass nicht alle Stellen infolge Personalfuktuation ausfinanziert seien, kein neuer Tatbestand sei.

Abg. Birk nimmt die Diskussion zum Anlass, das Augenmerk in Zukunft mehr auf die Auswirkung technischer Vakanzen im Schulbereich zu lenken.

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Voraussetzungen für ein Distanz- und Präsenzmodell für Abendschulen**

Umdruck 15/2065

Abg. de Jager spricht sich dafür aus, ein Distanz- und Präsenzmodell für Abendschulen in Schleswig-Holstein jetzt einzuführen.

Abg. Birk erkundigt sich nach der Weiterbildungsnachfrage der Klientel der bedauerlicherweise geschlossenen Abendrealschulen (insbesondere von Frauen und Migranten). Zusammen mit den Abg. Weber und Hinrichsen problematisiert sie die Kosten eines Distanz- und Präsenzmodells für Abendschulen und neigt dazu, sich den Erfahrungen Nordrhein-Westfalens zu gegebener Zeit anzuschließen.

Auch M Erdsiek-Rave hält die Einführung eines Distanz- und Präsenzmodells in Schleswig-Holstein, das sie als eine Perspektive von Schule übermorgen sehe (zum Beispiel für kranke oder behinderte Kinder), mit Blick auf den Lehrkräfteeinsatz und die Kosten zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht und plädiert dafür, die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen abzuwarten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**a) Angebote der Prävention bei Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1499

(überwiesen am 24. Januar 2002 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Aussprache abschließend zur Kenntnis.

**b) Angebote der Prävention bei Kindern und Jugendlichen  
Islamunterricht an Schulen**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1530

(überwiesen am 24. Januar 2002 an den Bildungsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdruck 15/2107

Der Ausschuss schließt sich dem Vorschlag des Innen- und Rechtsausschusses an, zu dem CDU-Antrag im Zusammenhang mit dem Thema Integration am 5. Juni 2002, 10 Uhr, eine Anhörung durchzuführen. Über den Kreis der Anzuhörenden sollen sich die Fraktionen am Rande der Landtagssitzung am 29. April 2002 verständigen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

**Bericht zur Personalstruktur- und Dienstrechtsreform im Hochschulbereich und zum Professorenbesoldungsreformgesetz**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1429

(überwiesen am 25. Januar 2002 zur abschließenden Beratung)

Auf eine Frage von Abg. de Jager teilt M Erdsiek-Rave mit, die Finanzministerkonferenz habe eine Arbeitsgruppe mit dem Auftrag eingesetzt, Vorschläge zur Umsetzung des Professorenbesoldungsreformgesetzes zu erarbeiten.

Punkt 12 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

- a) Abg. Dr. Klug bittet die Landesregierung bis zur nächsten Sitzung um eine Stellungnahme, inwieweit sie Initiativen, wie zum Beispiel der Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben bei der Abwicklung drittmittelfinanzierter Projekte vor dem Hintergrund unterstützen könne, dass die Drittmittel - oftmals EU-Mittel - zeitlich verzögert flössen.
  
- b) Abg. Birk bittet die Landesregierung um einen Bericht über Auswirkungen eines möglichen Zurückfahrens von ABM-Stellen seitens der Arbeitsverwaltung auf die betreuten Grundschulen.

Die stellvertretende Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 16:40 Uhr.

gez. S. Eisenberg  
Stellvertretende Vorsitzende

gez. Ole Schmidt  
Geschäfts- und Protokollführer